

# IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

März 2004



## Am Horizont erscheint das Gespenst der Grundrente

Wer hätte das gedacht: Die Grundrente, Schreckgespenst aller deutschen Sozialpolitiker, wird an den Horizont des Jahres 2030 projiziert. Pläne der rot-grünen Koalition, das Leistungsniveau der Rentenkassen bis 2020 nicht unter 46 Prozent und bis 2030 nicht unter 43 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens sinken zu lassen, können nicht anders als schleichende Vorbereitung einer Grundrente verstanden werden.

Was sich wie eine Randnotiz aus dem Allerlei der Gesetzespläne einer etwas ratlos gewordenen Regierungskoalition liest, läuft auf einen Paradigmenwechsel in der Rentenpolitik hinaus, der noch vor drei Jahren als sozialpolitische Todsünde gegolten hätte. Bei den Sozialpolitikern der Volksparteien – den Unionsparteien und der SPD – galt immer der Satz: „Ein Schuft, wer die Formel ‚Rente nach Leistung‘ in Frage stellt!“

Die Begründung klang wuchtig: Es sei mit dem Stolz eines Arbeitnehmers auf seine wirtschaftliche Lebensleistung nicht vereinbar, ihm als Rentner einen Betrag anzubieten, der sich nicht wesentlich von der Sozialhilfe unterscheidet. Wenn die Bundesregierung nun Anlass sieht, eine im Vergleich zum heutigen Rentenniveau sehr bescheidene Mindestrente als vertrauensstiftende Maßnahme anzubieten, dann ist der Weg der Umwidmung der künftigen Mindestrente zur allgemeinen Grundrente eingeschlagen. Und es wird eine Rente sein, die sich in der Tat nicht erheblich von der Sozialhilfe unterscheidet.

Man darf den Rentenpolitikern abnehmen, dass sie diese Entwicklung nicht gewollt haben. Aber sie haben es zumindest grob fahrlässig zu diesem Punkt der Fehlentwicklung kommen lassen: Die Rentenkasse ist als Verschiebebahnhof für Arbeitslosigkeit missbraucht worden, und es rächt sich, dass die Altersvorsorge allzu lange auf das Umlageverfahren festgelegt war. Es gehört zu den Ironien der Sozialgeschichte, dass im Umlageverfahren immer die beste Garantie für die Würde im Alter gesehen wurde.

*Hans D. Barbier*

## Teure gesetzliche Sozialversicherungen

Die Beitragssätze zu den gesetzlichen Sozialversicherungen sind von 20 Prozent im Jahr 1950 auf mittlerweile 42 Prozent angewachsen. Das hatte viele Gründe:

In Verbindung mit der Ölkrise Anfang der siebziger Jahre kam es in Deutschland erstmals zu Massenarbeitslosigkeit. Jede folgende Rezession brachte die Arbeitslosenzahlen in neue Rekordhöhen. Mit ihnen wuchs der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung von 1,3 Prozent im Jahr 1972 auf derzeit 6,5 Prozent.

Weniger Beitragszahler und längere Lebenserwartung ließen die Rentenversicherungsbeiträge von 14 Prozent 1960 auf den bisherigen Spitzenwert von 20,3 Prozent im Jahr 1998 steigen. Dass derzeit „nur“ 19,5 Prozent gezahlt werden müssen, ist Folge der Ökosteuern und des höheren Rentenzuschusses aus allgemeinen Steuermitteln.

In der Krankenversicherung lag der Beitragssatz vor vierzig Jahren bei acht Prozent. Fehlender Wettbewerb im Gesundheitssystem, mangelhafte Kostentransparenz und technischer Fortschritt haben die Ausgaben nach oben getrieben und zu einem Beitragssatz von zuletzt 14,3 Prozent geführt. Anstatt aus dem Desaster der bestehenden umlagefinanzierten Versicherungen zu lernen, fügte

man 1995 nach gleichem Muster die Pflegeversicherung hinzu, die seit ihrer Einführung 1,7 Prozent vom Bruttoeinkommen kostet.

Nun wird für Eigenvorsorge geworben. Aber die Beiträge zu den staatlichen Zwangsversicherungen haben das frei verfügbare Einkommen so geschmälert, dass kaum noch Eigenvorsorge betrieben werden kann.

## Bürokratie kostet Zeit und Geld

Nach Steuer- und Abgabenlast sind laut Ifo-Institut Vorschriften, Meldepflichten und Genehmigungsverfahren das zweitgrößte Hindernis für unternehmerischen Erfolg. Zwar ist es schwierig, die Bürokratiekosten auf den Cent genau zu beziffern. Untersuchungen geben aber zumindest einen ungefähren Einblick: Die staatliche Bürokratie kostet die Unternehmen in Deutschland rund 46 Milliarden € jährlich. Kleine Unternehmen werden dabei überproportional belastet. Für Betriebe mit maximal neun Beschäftigten entstehen Bürokratiekosten von 4 400 € pro Jahr und Mitarbeiter. Je größer das Unternehmen, umso „günstiger“ wird der Aufwand. Bei Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten schlagen nur noch 350 € pro Mitarbeiter zu Buche.

[www.ifo-bonn.org/presse/buerokratie.htm](http://www.ifo-bonn.org/presse/buerokratie.htm)

## Arbeitsmarktkosmetik

Seit Jahresbeginn werden Arbeitslose statistisch anders erfasst: Wer von einer Arbeitsagentur „trainiert“ wird – in neuen Fertigkeiten oder für die nächste Bewerbung –, ist offiziell nicht mehr arbeitslos. Für Januar 2003 standen dadurch 81 100 Arbeitssuchende weniger in der Statistik. Die von den Agenturen für Arbeit geförderten Teilnehmer an Weiterbildungskursen, Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungs-Maßnahmen gelten schon länger als nicht arbeitslos. Würden sie mitgezählt, hätte es zu Jahresbeginn noch 331 000 registrierte Arbeitslose mehr gegeben.

Auch ältere Arbeitnehmer ab 58 Jahre sind aus der Statistik gefallen. Die Bundesagentur bietet ihnen an, Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe künftig „unter den erleichterten Voraussetzungen des § 428 Sozialgesetzbuch III“ zu beziehen. Wer mit seiner Unterschrift zustimmt, braucht der Arbeitsvermittlung nicht mehr zur Verfügung zu stehen. Im Gegenzug muss sich der Unterzeichner allerdings verpflichten, Altersrente zu beantragen, sobald das „abschlagsfrei“ möglich ist. Im Moment gibt es 392 000 ältere „nichtarbeitslose Leistungsempfänger“, wie sie im Amtsdeutsch heißen – nicht arbeitslos, und trotzdem ohne Arbeit.

Rund 700 000 Menschen fallen damit unter die Rubrik „nicht arbeitslos“ ohne den Arbeitsplatz zu haben, den sie suchen und der ihnen den Lebensunterhalt aus eigener Kraft sichert.

## Schluckbeschwerden

Der amerikanische Kabelnetzbetreiber Comcast will den Disney-Konzern schlucken, der Softwarehersteller Peoplesoft den Konkurrenten Oracle übernehmen. Der belgische Brauereikonzern Interbrew, der in den vergangenen Jahren in Deutschland auf Einkaufstour war und sich die Biermarken Beck's, Diebels und Hasseröder angeeignet hat, fusioniert mit dem brasilianischen Bierkonzern AmBev, um den südamerikanischen Markt zu erobern.

Die Welt der internationalen Konzerne ist in Bewegung geraten. Wenn die schwache globale Konjunktur wieder anspringt, wollen die Konzernlenker gut vorbereitet – in der Sprache der Manager „optimal aufgestellt“ – sein. Dazu greifen sie nach anderen Unternehmen. Hierzulande wird aktuell der Plan des französischen Pharmakonzerns Sanofi-Synthélabo heftig diskutiert, den deutsch-französischen Konkurrenten Aventis zu übernehmen. Am 26. Januar legte Sanofi-Chef Jean-François Dehecq den Aventis-Aktionären ein Übernahme-Angebot vor.

Würden Sanofi und Aventis fusionieren, entstünde der größte europäische und der drittgrößte weltweite Pharmakonzern – eine „Plattform für starkes, nachhaltiges, profitables Wachstum“, wie man bei Sanofi glaubt. Die Verschmelzung der beiden Pharmaproduzenten würde ab 2006 jedes Jahr 1,6 Milliarden € sparen, weil ein großes Unternehmen effizienter arbeiten könne als zwei kleinere. Außerdem werde der medizinische Fortschritt beschleunigt, wenn Sanofi- und Aventis-Forscher in Zukunft gemeinsam in den Kampf gegen bislang unheilbare Krankheiten zögen. Das alles sei im Sinne der Patienten sowie lukrativ für Aktionäre und Mitarbeiter beider Unternehmen,

heißt es aus der Sanofi-Zentrale in Paris.

Aventis-Chef Igor Landau sieht das anders. Er meint, Aventis komme gut allein zurecht und rät den Aktionären von der Fusion ab. Die Mitarbeiter sind verunsichert: Ein Zusammenschluss der Unternehmen könnte 10 000 Arbeitsplätze in Frankreich und Deutschland kosten.

### Hohe Erwartungen

Fusionen und Übernahmen, oft mit „M&A“ für „Mergers and Acquisitions“ abgekürzt, sind kein neues Phänomen. Im Verlauf der Wirtschaftsgeschichte hat es immer wieder Fusionen und Firmenübernahmen gegeben. Die letzte türmte sich in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre auf und verebte mit dem

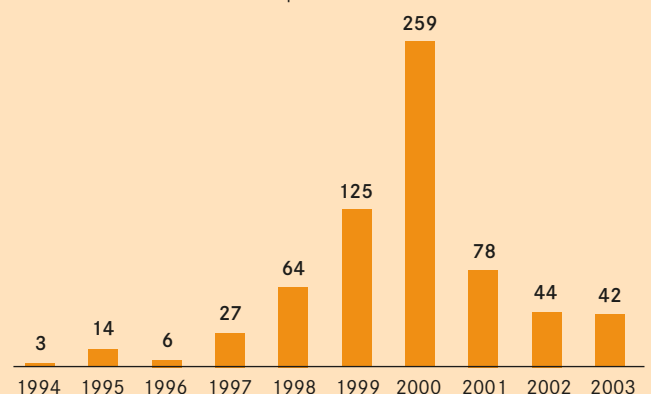
weltweiten Konjunkturerbruch im Jahr 2001.

Aventis ist selbst Produkt einer Fusion. 1999 schlossen sich die Hoechst AG und Rhône-Poulenc zusammen. Bereits ein Jahr zuvor war der bis dato größte Unternehmenszusammenschluss unterschriftsreif: Daimler-Benz-Chef Jürgen Schrempp rückte im Mai 1998 zum Vorstandsvorsitzenden der „Welt AG“ auf, indem er den amerikanischen Autohersteller Chrysler ins Boot holte.

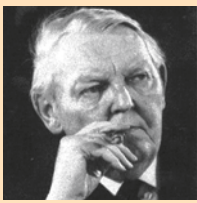
Die Argumente, mit denen er damals bei Daimler- und Chrysler-Aktionären um Zustimmung für seinen Plan warb, ähneln denen, die zur Begründung vieler anderer Fusionen vorgetragen werden: Daimler Benz allein sei zu klein, um im Wettbewerb

### Fusionswelle weltweit

Summe der veröffentlichten Kaufpreise in Milliarden €



Quelle: [www.m-and-a.de/fakten1040.htm](http://www.m-and-a.de/fakten1040.htm)



„Ich bin sehr für Wettbewerb, aber ich meine damit nicht den Wettbewerb, der mit den Mitteln der Macht für sich und seine Gruppe das herauschlägt, was eben nur Macht erzwingen kann.“

Ludwig Erhard

mit der Konkurrenz mithalten zu können. Unternehmen, die größere Stückzahlen herstellen, könnten viel günstiger Vorprodukte einkaufen, weil Abnehmer größerer Mengen höhere Rabatte von Lieferanten verlangen könnten.

Auch die Produktion sei billiger, weil die Entwicklungskosten auf eine größere Anzahl Autos umgelegt werden könnten. Gleiches gelte für die Vertriebskosten: Nur wer große Mengen verkauft, könne sich ein dichtes Filialnetz leisten. Ein Zusammenschluss mit Chrysler bewirke außerdem „Synergieeffekte“, das heißt: Vieles, was es bislang doppelt gibt – Verwaltungen und Produktionsstätten für Bauteile, die sich sowohl bei Mercedes als auch bei Chrysler einsetzen lassen –, könne nach der Fusion eingespart werden.

### Enttäuschte Hoffnungen

Die von den Managern geweckten Erwartungen in die Fusion erfüllen sich nur selten. Zwischen 75 und 85 Prozent der Fusionen verlaufen nicht erfolgreich oder verfehlen die anvisierten Ziele. Insbesondere große Zusammenschlüsse weisen geringe Erfolgsraten auf: Nur jede vierte große Fusion verläuft erfolgreich. Eine Untersuchung der Unternehmensberatung PricewaterhouseCoopers hat ergeben, dass 80 Prozent aller weltweiten Fusionen nicht einmal die Kapitalkosten für die Transaktion erwirtschaften. Knapp ein Drittel der Fusionen endet mit dem Wiederverkauf des übernommenen Unternehmens. Das sind ernüchternde Ergebnisse.

In Fällen, in denen die Fusion vom Management das Prädikat „erfolgreich“ erhält, ist das mit den angekündigten Synergieeffekten – wie Arbeitsplatzsicherung und höhere Aktienkurse – ebenfalls so eine Sache. Die Firmenhochzeit von Daimler und Chrysler gilt beispielsweise im großen Ganzen als gelungen. Doch durch den Zusammenschluss verschwanden innerhalb von fünf Jahren rund 70 000 Arbeitsplätze. Der Aktienkurs, der zu Beginn der Fusion zunächst bis auf knapp 100 € gestiegen war, sank in der Folgezeit kontinuierlich und pendelte in den letzten zwölf Monaten zwischen 25 und 35 €.

### Fusion statt Wettbewerb?

Unter ordnungspolitischen Aspekten sind Fusionen besonders problematisch. Aus der Sicht von Ludwig Erhard haben Unternehmen die Aufgabe, sich durch Leistungswettbewerb mit Konkurrenten „die Gunst des Verbrauchers zu verdienen. Qualität und Preis bestimmen Art und Richtung der Produktion.“ „König Kunde“ ist also Maßstab für unternehmerisches Handeln. Kunden lassen sich auf Dauer aber nur gewinnen, wenn preisgünstige Produkte angeboten werden, die die Verbraucher überzeugen. Das Instrument, mit dem diese verbraucherfreundliche Produktion dauerhaft gewährleistet wird, ist der Wettbewerb. Fusionen unterlaufen jedoch diesen Wettbewerb. Aus zwei mach eins bedeutet: Das Produktangebot von ehemals zwei Produzenten wird auf die Produktpalette eines

Anbieters reduziert; die Auswahl für die Verbraucher schrumpft.

Die Wissenschaftler Andrei Shleifer und Lawrence H. Summers haben in einer Studie nachgewiesen (Breaches of Trust in Hostile Takeovers), dass jede Fusion einen Vertrauensbruch gegenüber Kunden und Zulieferern darstellt. Nach ihrer Einschätzung bewirken Fusionen die Umverteilung von Erträgen und Risiken zugunsten des fusionierten Unternehmens – zu Lasten der Kunden und Zulieferer.

Kunden, die Produkte eines bestimmten Unternehmens vorziehen, sind nach dem Zusammenschluss mit einer veränderten Produktpalette konfrontiert. In der Folgezeit wandern Kunden ab: Volkswagen beispielsweise hat das beim Erwerb von Rolls-Royce erfahren. Der Absatz beider Marken ging kurz nach Ankündigung der Übernahme zurück. Auch die Zulieferung stockt, weil Zulieferer sich mit ihrer Planung auf einen bestimmten Abnehmer spezi-

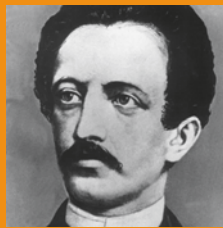
alisiert und verlassen haben. Nach der Fusion müssen sie sich neu orientieren. In den fusionierten Unternehmen wiederum steigen häufig die Maschinenausfall- und Fehlzeiten. Die Angst um den Arbeitsplatz oder der Stress durch die Doppelbelastung von „Integration und Tagesgeschäft“ beeinträchtigen die Leistungsfähigkeit der Belegschaft. Alle diese Effekte stehen den Hoffnungen auf „Synergie“ entgegen.

Fusionen mögen aus betriebswirtschaftlicher Sicht in einzelnen Fällen sinnvoll und akzeptabel sein, aus Sicht einer Sozialen Marktwirtschaft sind sie es nicht. Sie sind aber besonders dann abzulehnen, wenn die Firmenzusammenschlüsse mit problematischen betriebswirtschaftlichen Argumenten gerechtfertigt werden. In diesen Fällen bleibt nur eine Überlegung beachtenswert: Sinn und Zweck unternehmerischen Engagements ist das Erfüllen von Verbrauchervünschen – und sonst nichts.

### Die größten Übernahmen 2002\*

Kaufobjekt	Land	Preis in Mio. €	Käufer	Land
Innogy Holding	GB	8 129	RWE	D
Reemtsma	D	5 800	Imperial Tobacco	GB
Zomba Music	USA	3 100	Bertelsmann	D
Mannesmann Rexroth	D	2 700	Robert Bosch	D
Stinnes AG	D	2 500	Deutsche Bahn	D
TXU Europe	GB/USA	2 170	E.ON	D
Ben Nederland	NL	2 000	T-Mobile	D
Schmalbach-Lubeca	D	1 725	Amcor	AUS
Haarmann & Reimer	D	1 660	Investor	SWE

\* mit deutscher Beteiligung  
Quelle: [www.m-and-a.de/fakten1040.htm](http://www.m-and-a.de/fakten1040.htm)



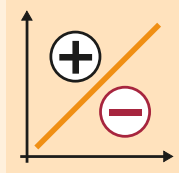
„Alle große politische Aktion besteht im Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht im Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist.“

Ferdinand Lassalle, deutscher Politiker

## IM KLARTEXT

März 2004

### INDEX



### Die Soziale Marktwirtschaft im März 2004

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

### Vollbeschäftigung



„Sonderprogramm Jump Plus“, „Jugend in Arbeit“ und ähnliche Programme mehr: Um arbeitslosen jungen Erwachsenen Arbeit zu verschaffen, wird einiges getan. Doch allen teuren Programmen und löblichen Bemühungen zum Trotz waren noch nie mehr junge Frauen und Männer im Jahresdurchschnitt ohne berufliche Perspektive: Laut Statistik gab es 2003 rund 516 000 Arbeitslose unter 25 Jahren.

### Junge Arbeitslose

Jahresdurchschnitt  
in Tausend



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

### Geldwertstabilität



Bund, Länder und Gemeinden stehen mit rund 1,35 Billionen € in der Kreide. Neben dieser ausgewiesenen – expliziten – Staatsverschuldung existieren weitere Zahlungszusagen, die der Staat seinen Bürgern gemacht hat, zum Beispiel für die Zuschüsse zur gesetzlichen Renten- und Pflegeversicherung und die Beamtenpensionen.

Diese so genannte „implizite Staatsschuld“ liegt laut „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage“ – besser bekannt als die „fünf Weisen“ – bei 270 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Trotz leerer Kassen gibt sich die Bundesregierung weiter großzügig: Sie will fünf Elite-Unis mit 250 Millionen € pro Jahr fördern. Sie startet Verkehrsprojekte, obwohl das Geld dafür – etwa eine Milliarde € – erst nach einem erfolgreichen Schiedsgerichtsverfahren gegen Toll Collect verfügbar sein wird. Sie bedenkt die Entwicklung der Mikrosystemtechnik – Bauteile, wie sie beispielsweise für

### Staatsschulden

in Milliarden €



\* September

Quelle: Deutsche Bundesbank

Airbags und ABS benötigt werden – mit rund 260 Millionen €. Kurzum: Sie verschiebt die Haushaltskonsolidierung erneut auf „später“.

### Eigenverantwortung



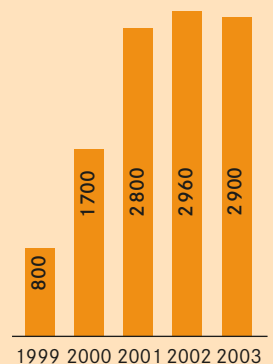
„Die gesetzliche Krankenversicherung hat das Jahr 2003 mit einem Defizit von rund 2,9 Milliarden € abgeschlossen. Das ist besser als erwartet“, sagte Dr. Klaus Theo Schröder, Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit, Anfang März zur

vorläufigen Bilanz der gesetzlichen Krankenkassen (GKV).

Die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben der GKV betrug zum dritten Mal in Folge knapp drei Milliarden €. Bezahlen müssen das wieder alle gesetzlich Versicherten. Entweder werden Leistungen gestrichen oder Beiträge angehoben. In beiden Fällen gilt das Prinzip: Anonyme Zahlung für irgendwie angefallene Kosten – erneut ein Schritt weg von der eigenen Verantwortung.

### GKV-Defizit

in Millionen €



Quelle: BMin für Gesundheit und Soziale Sicherheit

### Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstrasse 8 · 53113 Bonn  
 Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49  
 Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: dpa  
 Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel  
 erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

*Ludwig Erhard*